

# **Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie**

## **„Die Acht lacht.“**

Der IGM-Vorstand lacht offensichtlich auch, weil er sein Empfehlungs-Diktat mit der 8 durchgesetzt hat. Er hat die Tarifkommissionsentscheidungen vom 30. Juni 2022 mit den o. g. Worten begrüßt. IGM-Vorsitzender Hofmann hat hierbei die Richtung für die Forderungshöhe vorgegeben. Im Interview mit der Süddeutschen Zeitung hat er am 20. Juni erklärt: „Wir haben das Wohl des ganzen Landes im Blick.“ Dabei hat er gleichzeitig festgestellt: „Zugleich ist den Metallerinnen und Metallern in den Tarifkommissionen bewusst, dass sie die kriegsbedingte Extrem-Inflation nicht durch Tarifpolitik allein auffangen können ...“

In den Tarifkommissionen wurde alles, was über 8 geht, vor allem zweistellige Forderungen zwischen 10 bis 15 Prozent aus den Betrieben, abgebügelt. Auf diesem Wege werden die Milliardenprofite, die Krisengewinne der Kapitalisten nicht angetastet und noch weniger abgeschöpft. Die verdienen sich gerade mit Hinweis auf den Ukraine-Krieg auf Kosten der Lohnabhängigen, der Rentnerinnen und Rentner und generell der ärmeren Bevölkerungsteile eine goldene Nase. Das „Wohl des Landes“ geht ihnen dabei am A... vorbei. Das gilt dann auch für die 3,8 Millionen Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie. Für ihr Wohl, für die Ausbeutung und den Verschleiß ihrer Arbeitskraft, werden von der IGM Tarifverträge abgeschlossen.

Wie in jeder Tarifbewegung geht es hierbei darum, dem Kapital so viel wie möglich von den Profiten abzunehmen, die den Belegschaften aus den Knochen geschunden wurden und in den Tresoren der Konzerne und Banken gelandet sind. Auf Seite der Metallerinnen und Metaller erfordert das die Erkenntnis und Einsicht, dass das Kräfteverhältnis und die Kampfbereitschaft zwischen IGM und dem M+E-Kapital über das Ergebnis, über die Lohnhöhe entscheiden. Wozu je nach Situation Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Vollstreik der Belegschaften gehören, statt sich mit Warnstreikergebnissen abspesen und über den Tisch ziehen zu lassen. Die Verhandlungen mit den Kapitalverbänden müssen bis spätestens zum 16. September begonnen haben. Die Friedenspflicht endet am 28. Oktober 2022. Danach sind die ersten Warnstreiks und Streiks möglich. Dafür müssen Metallerinnen und Metaller rechtzeitig in den Betrieben mobilisieren und dabei im „Blick“ halten, was ihnen evtl. aus der „Konzertierten Aktion“ entgegenkommt, um nötigenfalls mit „konzertierten Streikaktionen“ darauf zu antworten.

---

### **Weitere Informationen:**

- Zur „konzertierten Aktion“.
  - Gibt es eine Lohn-Preis-Spirale?
  - Stellungnahme der Delegiertenversammlung in Stuttgart.
-

## Opfer der Kapitalisten beim „Gürtel enger schnallen“

Am 21. Juni 2022 berichtete das Handelsblatt, dass die 40 im DAX gelisteten Konzerne nach einer Erhebung des Finanznachrichtendienstes *Bloomberg* in diesem Jahr Rekordgewinne verzeichnen können. Unter dem Strich stünden den größten deutschen Unternehmen nach Steuern 130 Milliarden zur Verfügung.

Zur gleichen Zeit diskutiert die Ampelregierung über „Gashahn zudrehen, Licht aus“ und 100 Milliarden Euro zusätzlicher Rüstungsausgaben, die Verankerung von Krieg im Grundgesetz sowie einen Krankenkassenfehlbetrag von 17 Milliarden Euro und ab dem 1. Juli 2022 keine kostenlose Corona-Tests mehr. Bisherige Kosten: eine Milliarde Euro mtl., 12 Milliarden Euro im Jahr. Das macht zusammen 129 Milliarden Euro, die Regierung, Ampel-Koalition und Finanzminister der werktätigen Bevölkerung, den Rentnern und anderen per Steuer- und sonstiger Abgabenerhöhung aus den Rippen schneiden will. Währenddessen sacken die oben genannten DAX-Konzerne 130 Milliarden Euro nach Steuern ein und der IGM-Vorsitzende erklärt Metalloberinnen und Metallern, dass die IGM bei Lohnforderungen das „Wohl des Landes im Blick“ hat. Das ist dann die Nummer, die „Konzertierte Aktion“, bei der nur noch Kapital und Regierung was zu lachen haben.

## Der Kapitalismus steckt in der Krise! Und der Kanzler ruft um Hilfe.

Sondervermögen für die Armee in Höhe von 100 Milliarden, geplanter Umbau von Industrie und Wirtschaft (Stichwort Transformation), Ausgaben für den ohne Zweifel dringend notwendigen Klimaschutz und – nicht zuletzt – ein Marshall-Plan für die Ukraine. Dies muss finanziert werden. Dazu kommt eine weiterhin galoppierende Inflation in für die meisten von uns nicht erlebter Höhe. In der Haushaltsdebatte von Anfang Juni erklärte dann Olaf Scholz: „Wir brauchen eine gezielte Kraftanstrengung in einer ganz außergewöhnlichen Situation (...) Alle werden dazu beitragen müssen.“ (Das Parlament, 7. Juni 2022) Und kündigte eine sogenannte konzertierte Aktion an. Was ist darunter zu verstehen? Die „Konzertierte Aktion bezeichnet ein aufeinander abgestimmtes Verhalten verschiedener (politischer) Akteure zur Erreichung eines gemeinsam vereinbarten Ziels“, so beschreibt die Bundeszentrale für politische Bildung in seinem Politiklexikon Sinn und Zweck. Die verschiedenen Akteure sind Gewerkschaften und Kapitalistenverbände. „Die Teilnehmer müssen nicht weniger als den sozialen Frieden in Deutschland wahren und zugleich Überleben und langfristiges Wachstum der deutschen Wirtschaft sichern“, kommentierte *n-tv.de* am 2. Juli. In klaren Worten: Zur Abwälzung der Krisenlasten Zusammenarbeit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Ausbeutern. Wie soll diese Zusammenarbeit aussehen? Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war am 2. Juni zu entnehmen, dass tarifliche Einmalzahlungen steuerfrei sind, so wie das bereits während der Coronapandemie praktiziert wurde. Ein vergifteter Köder. Es wird dann zwar – abgesehen von Sozialbeiträgen – netto für brutto bezahlt. Aber diese Nettozahlung ist erfahrungsgemäß schnell verbraucht. Und tarifwirksame Erhöhung gibt es nicht. Diese Einmalzahlung wird die Preissteigerungen nicht ausgleichen. Was bleibt? Der Reallohnverlust wird festgeschrieben.

Das Kapital in Person ihres Lautsprechers Rainer Dulger (Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, BDA) reagierte zustimmend: „Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben in den bisherigen Krisen immer konstruktiv an Lösungen mitgearbeitet. Wir werden es auch dieses Mal tun.“ Und in Anbetracht der gerade streikenden Hafnarbeiter schob er gleich nach. Vielleicht brauche man einen „nationalen Notstand“, der auch Streikrecht breche, sagte Dulger, *n-tv.de* zu Folge. Bei der rot-grün-gelben Regierung findet er damit sicher ein offenes Ohr.

**UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche antikapitalistisch!



**6 Stunden-Tag statt 6 Millionen Arbeitslose**

**Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Straße / Haus-Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ / Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.  
Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18  
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertreib@unsere-zeit.de

Die IG Metall steht vor einer Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie und könnte mit der Kampfkraft ihrer ca. 2,1 Millionen Mitglieder viel für auskömmliche Einkommen tun. Und nicht nur für die Metaller, sondern als Lokomotive der Gewerkschaftsbewegung auch ein Zeichen für andere Branchen setzen. Doch der Vorstand bremste schon vor der offiziellen Forderungsaufstellung durch die Tarifkommissionen – und gegen die zum Teil zweistelligen Prozentforderungen aus den Betrieben: „7 bis 8 Prozent mehr Geld für 12 Monate ...“ lautet die Empfehlung. Damit wird dann nicht mal die Inflationsrate ausgeglichen. Stattdessen orientiert der IGM-Vorstand auf die Gespräche im Kanzleramt. 2018 gab es die letzte tabellenwirksame Tarifierhöhung. Folgt ein fünftes, ein sechstes Jahr?

Wer sich gegen die jetzt vorgesehene Fesselung der Gewerkschaften nicht mit aller Kraft wehrt, wird verarmen. Und nicht nur das. Auf lautes Nachdenken eines Kapitalistensprechers über einen nationalen Notstand ohne Streikrecht kann es nur eine Antwort geben: Streik!



Nach dem II. Weltkrieg legten die USA ein Programm zum Wiederaufbau Europas, benannt nach dem damaligen US-Außenminister George **Marshall**, auf. Es wurden 13,12 Milliarden US-Dollar (in Preisen von 2020 waren es 141,67 Milliarden US-Dollar) in das von Nazi-Deutschland zerbombte Europa gepumpt. Auf der kürzlich in Lugano stattgefundenen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine nannte deren Außenminister, Denys Schmyhal, 720 Milliarden Euro als notwendig. Das sind mehr als 738 Milliarden US-Dollar. Mehr als das Fünffache, als einst der Wiederaufbau Europas kostete! „Die Europäische Union (...) hat auch ein strategisches Interesse daran, beim Wiederaufbau der Ukraine die Führungsrolle zu übernehmen“, sagte Kommissionspräsidentin von der Leyen Mitte Mai, so der Deutschlandfunk am 5. Juli. Koste es, was es wolle.

## ***Gibt es eine Lohn-Preis-Spirale?***

***Lindner scheitert an der Tanksäule und erklärt den Kapitalismus.  
Karl Marx hält dagegen: Mehr Lohn heißt weniger Profit!***

Die „Lohn-Preis-Spirale“ könne die Inflation verstärken, „die Gefahr ist real“, meint Finanzminister Lindner (FDP), zitiert im *Handelsblatt* vom 9. Mai 2022. Mit den Entlastungspaketen dagegen wolle er die „gefühlte Inflation“ mildern. Eines dieser Pakete war der so genannte Tankrabatt, mit dem der Minister kolossal gescheitert ist. Drei Milliarden Euro hat das den Ölkonzernen in die Kassen gespült. An den Tanksäulen bleiben die Preise im 2-Euro-Bereich.

Im Auftrag der Konzernherren und zum Auftakt der Metalltarifrunde erklärt uns also Herr Lindner den Kapitalismus. Dazu muss wieder einmal das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale herhalten: Höhere Löhne treiben die Preise.

Wenn das stimmt, dann müssten die Arbeiter, die in der Lebensmittelindustrie beschäftigt sind, in den letzten Monaten saftige Lohnerhöhungen erhalten haben. Im Supermarkt sind die Preise in den letzten Tagen um 10 und mehr Prozent gestiegen. Währenddessen gab es in der Lebensmittelindustrie je nach Branche stufenweise nur magere Lohnerhöhungen. 2021 waren das 2,5 Prozent und im April 2022 nochmal 2,5 Prozent.

**Reallohnverlust.** Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung vom Dezember 2021 stiegen die Löhne im Bundesdurchschnitt um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei einer Preissteigerungsrate von 3,7 Prozent ergibt sich ein Reallohnverlust von 2 Prozent. Lohn-Preis-Spirale?

Der Anteil der Lohnkosten am Warenwert (siehe Kasten „Karl Marx“) ist nach dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom September 2019 durchschnittlich etwa 20 Prozent. Wenn es eine Lohn-Preis-Spirale gäbe, machten die Lohnerhöhungen bei den Lebensmitteln eine Verteuerung von höchstens 0,5 Prozent aus! (Das sind 2,5 Prozent von 20 Prozent.)

Der Anteil des Lohns am Warenwert hängt von der Produktivität ab. In der hoch rationalisierten und automatisierten Autoindustrie beträgt der Anteil des Lohns am Wert eines Autos sogar unter 10 Prozent (ifo-Institut 2014). Das Märchen Lindners zielt vor allem auf diese deutsche Leitindustrie, die nun vor einem Tarifkampf steht.

Kolleginnen und Kollegen, Metaller, lasst euch nicht von Lindner verarschen. Wenn ihr um mehr Lohn kämpft, um nicht zu verarmen, trägt das nicht zur Inflation bei! Was die Preise treibt, ist vor allem die Spekulation der Energiekonzerne.

Was Karl Marx im „Kapital“ feststellt und von Managern nicht bestritten wird: Der Wert der Ware, sichtbar auf dem Preisschild, setzt sich zusammen aus den Herstellungskosten, das sind Rohstoffkosten, Maschinenkosten (Abschreibung), Lohnkosten und dem „Gewinn“. So rechnen die Kapitalisten.

Die durch den Lohn scheinbar abgegoltene Arbeitszeit ist aber der einzige Faktor, mit dem Wert entsteht, der auf dem Markt als Preis verglichen werden kann. Der Profit (Manager sagen EBIT, das ist der Gewinn vor Steuern und Zinsen) entsteht dadurch, dass der Arbeiter von dem von ihm zugesetzten Wert nur das erhält, was er zum Leben braucht: den Lohn. Kapitalist und Arbeiter müssen sich den durch die Gesamtarbeit des Arbeiters entstandenen Wert teilen. Wie diese Teilung erfolgt, ist Ergebnis des Lohnkampfes. **Mehr Lohn heißt weniger Profit und umgekehrt.**

Der Wert der Ware steigt nur dann, wenn die Arbeitszeit zu ihrer Herstellung steigt. Also nicht durch Inflation.

Der Konkurrenzkampf gebietet, dass die Kapitalisten laufend rationalisieren und automatisieren müssen, um billiger zu produzieren. Das wirkt sich aus als Arbeitshetze und Erwerbslosigkeit. Die Lohnhöhe beeinflusst den Wert der Ware nicht, aber der Profit des Kapitalisten sinkt, wenn der Lohn steigt!

---

Die **Delegiertenversammlung** der IG Metall in **Stuttgart** am 22. Juni: „Die Empfehlung des IGM-Vorstandes von 7 bis 8 Prozent wurde von allen RednerInnen zu diesem Thema verurteilt. Erstens der Zeitpunkt der Veröffentlichung – bevor die Tarifkommissionen beschlossen haben. Zum anderen die Höhe wurde als völlig unzureichend bewertet. Aus vielen Betrieben gab es Beiträge für 11 Prozent, 12-15 Prozent, auf jeden Fall zweistellige Forderung ... Es wurde mehrmals betont, dass die Laufzeit nicht mehr als 12 Monate betragen darf. Und dass nach 4 1/2 Jahren ohne tabellenwirksame Erhöhung entsprechend Nachholbedarf ist...“

<https://www.labournet.de/branchen/ezulieferer/tarifrunde-2022-in-der-metall-und-elektroindustrie-startet-mit-forderungsdebatte/>

---

